

EXTRA BLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2023



Schluss mit unkontrollierter Zuwanderung 3

Kurswechsel in der Asylpolitik unumgänglich.



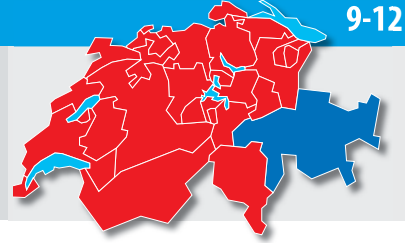
Stopp Genderwahn und Klimakleber 7

Reden, Schreiben, Essen: So will uns Links-Grün umerziehen.



Kanton Graubünden 9-12

Alles Wissenswerte zu den Nationalratswahlen.



Keine 10-Millionen-Schweiz!

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht?

Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80'000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen? **Wollen wir eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz?** Oder wollen wir wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht? So kann es nicht weitergehen oder unsere schöne Schweiz geht kaputt. Allein der Bund gibt dieses Jahr über 4 Milliarden Franken für

das Asylwesen aus. **Das sind 450 Steuerfranken, die jeder von uns bezahlen muss!** In einem Jahr! Dazu kommen die Kosten in den Kantonen für Wohnungen, Krankenkasse, Sozialhilfe, Strafvollzug. Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Wollen wir das? Dabei können viele

Schweizerinnen und Schweizer ihre Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr bezahlen. Klima-Kleber, Gender-Terror, links-grüner Verbotswahnsinn: **Radikale Minderheiten wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.** Ob wir noch Fleisch essen dürfen. Wo wir unsere Ferien verbringen. Sie wollen uns das Autofahren verbieten und keine Männer mehr

auf Strassenschildern zulassen. Sie versuchen, schon Kinder und Schüler mit ihren abstrusen Ideen zu beeinflussen. Dabei kann rund ein Viertel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen. Welche Schweiz wollen wir? Masslose Zuwanderung, Asyl-Chaos, Energiekrise, massiv steigende Preise, Wohnungs-

not, Probleme an den Schulen, zunehmende Gewalt auf den Strassen? Oder eine Schweiz, in der sich Frauen, Kinder und Jugendliche sicher und frei bewegen können, in der sich Arbeit lohnt, in der Asylschmarotzer und Kriminelle das Land verlassen müssen? **Wir als Volkspartei haben gewählt: Wir stehen ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.**

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Liste 1

Andrina Trachsel,
Mutter von drei Kindern, Feuerthalen (ZH)

« Als Mutter von drei Kindern wünsche ich mir gute Schulen statt Gender-Wahn und eine Schweiz, die stolz auf ihre Traditionen und Werte ist. Dafür steht die SVP! »

Deshalb wähle ich am 22. Oktober



Richtungswahl für eine sichere Zukunft in Freiheit

Ein erneuter Links-Rutsch muss am 22. Oktober unbedingt verhindert werden. Sonst geht unser schönes Land kaputt. Gewinnt die SVP, gewinnt die Schweiz.



Nationalrat **Marcel Dettling**,
Wahlkampfleiter SVP Schweiz, Landwirt,
Oberiberg (SZ)

um die SVP als stärkste Partei die verheerende links-grüne Politik nicht stoppen kann. **Die Erklärung:** Wir haben zwar die grösste Fraktion im Bundeshaus, können aber wenig ausrichten, solange die anderen Parteien von Links bis zur Mitte unter einer Decke stecken. Darum ist es entscheidend, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse schaffen.

**Gehen Sie
am 22. Oktober wählen.
Für eine sichere Zukunft
in Freiheit.**



Mehr SVP, damit die Schweiz Schweiz bleibt.

In welche Richtung bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren? Wollen wir eine Verbotsschweiz mit immer mehr Vorschriften, Bevormundung und Umerziehung? Wollen wir immer höhere Steuern und weniger Geld zum Leben? Wollen wir noch mehr Klimakleber auf den Strassen und noch mehr Gender-Tage an unseren Schulen? Wollen wir weiterhin eine ungebremste Zuwanderung, das totale Asylchaos und eine 10-Millionen-Schweiz? Das alles – und noch viel mehr – passiert, wenn die Linken und Grünen im Herbst erneut triumphieren.

Zu diesem Katastrophenszenario gibt es nur eine Alternative: Die SVP muss gestärkt werden. Besorgte Bürger fragen mich manchmal, war-

Das droht bei einem Wahlsieg von Links-Grün

Asylchaos ohne Ende

Offene Grenzen, noch mehr Asylschmarotzer und zusätzliche Milliardenkosten: Das blüht uns bei einem Wahlsieg der Linken. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sogar Asylanten direkt in die Schweiz einfliegen. Ihre Partei, die SP, fordert die Aufnahme von Asylmigranten aus aller Welt unabhängig vom Asylstatut – aber mit vollem Zugang zu unserem Sozialstaat.

Klima- und Verbotswahn

Die links-grüne Klimapolitik ist ein Desaster: Wir haben zu wenig Strom und die Energiepreise explodieren. Das sogenannte «Klima-Gesetz» haben die Befürworter mit der Lüge durchgebracht, es werde keine Verbote und neue Abgaben geben. Noch am Abstimmungssonntag liessen Cédric Wermuth (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) die Maske fallen und kündigten umgehend neue Verbote an.

Ausverkauf der Heimat

Gewinnen die Linken und Grünen die Wahlen, werden sie die Schweiz in die EU und in die Nato führen. Die Neutralität wollen sie abschaffen und Schweizer Waffen und Munition in Kriegsgebiete liefern. Damit gefährden sie unsere Sicherheit, unseren Frieden und unsere Stabilität – und verkaufen unsere Heimat. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten. Kämpfen wir für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Mit der SVP die Sicherheit stärken

In Europa herrscht Krieg. Doch die Armee kann die Schweiz nicht mehr verteidigen. Auch die innere Sicherheit ist in Gefahr. Nur wer die SVP wählt, macht unser Land wieder sicher.



Ständerat **Werner Salzmann**, Präsident
der Sicherheitspolitischen Kommission
des Ständerates (SIK-S), Mülchi (BE)

Was für ein böses Erwachen! Es herrscht wieder Krieg in Europa – mit Infanterie-Waffen, Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Der Schock sitzt tief. Aber es ist ein heilsamer Schock. Nun ist endlich auch dem Hintersten und Letzten klar, dass mit dem Mauerfall von 1989 nicht der ewige Friede ausgebrochen ist.

Kriege, auch konventionelle, sind jederzeit möglich. Darauf muss die Schweiz vorbereitet sein.

Armee wurde kaputtgespart

Die Armee wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Sie hat ihre Verteidigungsfähigkeit eingebüsst. 1990 wurden noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0,7%. Wir geben heute mehr Geld aus für das Asylwesen als für die Landwirtschaft.

Das muss schleunigst korrigiert werden, wie es die SVP als einzige Partei seit Jahren fordert. Das Parlament ist endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf mindestens 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

Die Schweiz ist kein sicheres Land mehr

Nicht zu vernachlässigen ist auch die innere Sicherheit. Die Kriminalität ist stark angestiegen. Einbrüche, Diebstähle, Gewalt, Drohungen, Vergewaltigungen, Randalen wie kürzlich in Lausanne, die importierte Ausländerkriminalität haben die Schweiz

unsicher gemacht. Mit der Preisgabe der Neutralität gefährden wir Frieden und Stabilität zusätzlich.

Dieser sicherheitspolitische Schlendrian muss ein Ende haben. Das können wir nur erreichen, wenn wir am 22. Oktober die SVP wählen. Für eine sichere Schweiz!



Editorial

Welche Schweiz wollen wir?



**Liebe Schweizerinnen
Liebe Schweizer**

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht? Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Ich mache mir Sorgen. Im Juni kamen meine Frau und unser Sohn abends nach Hause. Im Garten befanden sich zwei Nordafrikaner. Sie hatten bereits das Auto ausgeräumt. Die Männer waren aus der nahen Asylunterkunft.

Das ist nur einer von vielen Vorfällen in der Schweiz. Wir von der SVP kritisieren schon lange: Diese Leute haben nichts mit Asyl zu tun. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Bei der grossen Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus afrikanischen und arabischen Ländern. Sie suchen sich ihr Asyl-Land aus. Zum Beispiel die Schweiz. Weil sie wissen: Hier gibt es Sozialleistungen und sie können bleiben – dank der linksgrünen Asyl-Industrie. Wer diese Missstände ändern will, wählt SVP.

Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich

Ich mache mir Sorgen um unsere Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 80'000 Personen zusätzlich in unser Land. Das entspricht der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura. Man stopft jedes Jahr zusätzlich 80'000 Menschen in unser kleines Land. Ich frage Sie: Wollen wir eine 10-Millionen-Schweiz? Noch mehr Beton? Noch mehr Kriminalität? Staus? Kaum mehr bezahlbare Wohnungen? Klassenzimmer ohne Schweizer Kinder?

Welche Schweiz wollen wir? Wir leben in einem wunderbaren Land. Aber unser Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Als Präsident der SVP kann ich Ihnen versichern: Wir setzen uns für die Schweiz ein. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern und nennen Probleme beim Namen.

Wir setzen uns für all jene ein, die etwas leisten in unserem Land und Verantwortung übernehmen. Sei es im Beruf oder in der Familie und für sich selbst. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserer Heimat.

Mit besten Grüssen



Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz, Ruvigliana (TI)

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'231'479 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

**Für eine sichere
Zukunft in Freiheit
SVP wählen!**



Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder!

So sieht der Alltag in vielen Klassenzimmern in der ganzen Schweiz aus. Beispiel einer Schulklasse mit 24 Schülerinnen und Schülern in einer Realschule: 1/3 der Schüler hat Sprachprobleme, 1/3 Lernstörungen, 1/3 ist verhaltensauffällig oder verweigert häufig jede Kooperation. So ist sinnvolles Unterrichten und Lernen nicht mehr möglich. Darunter leiden alle leistungsbereiten Kinder, denn ihnen wird damit eine gute Ausbildung verunmöglicht!

Aus dem Leben von Lehrpersonen in der Schweiz

Schweizer Kinder in Minderheit 11.00 Uhr

In Genf sind 45% der Schülerinnen und Schüler fremdsprachig. Im Aargau haben 68% der Kinder unter 7 Jahren einen Migrationshintergrund.

Krisensitzung statt Mittag 12.00 Uhr

Schulleitung, Schulpsychologin und Polizei – eine Schülerin hat einen Schweizer Freund und wird von ihrer Familie bedroht.

Ein Viertel kann nicht richtig lesen 13.45 Uhr

Gemäss PISA-Studie kann ein Viertel der Schweizer Schüler nicht richtig lesen und versteht Textaufgaben nicht. Besonders in Klassen mit hohem Migrationsanteil.

Verdacht auf Zwangsehe 10.15 Uhr

Nach den Sommerferien erscheint ein türkisches Mädchen nicht mehr im Unterricht. Offenbar wurde sie in ihrer Heimat verheiratet.

Tausende Heilpädagogen 15.00 Uhr

A. fehlt – er hat einen Termin vor Jugendgericht. Erziehungsberatung und Psychiater sind eingeschaltet. Einweisung in Wohngruppe beantragt. Kosten muss Gemeinde übernehmen. In der Schweiz gibt es rund 6000 Heilpädagogen. Dazu kommen Logopädinnen, Förderlehrer für fremdsprachige Kinder, Schulpsychologinnen usw.

Schüler schlägt Lehrer 9.30 Uhr

Ein Sek-Schüler in Pruntrut ist während des Unterrichts eingeschlafen. Als er geweckt wird, schlägt der Jugendliche dem Lehrer mit voller Wucht ins Gesicht. Jede zweite Lehrperson im Kanton Jura hat bereits Gewalt erlebt.

Verbot von Weihnachtsliedern 16.30 Uhr

Mail an alle Lehrpersonen: Die Schulleitung verbietet christliche Weihnachtslieder. Aus «Rücksicht gegenüber anderen Kulturen und Religionen».

Integration um jeden Preis 7.45 Uhr

Alle werden in eine Klasse gestopft: Kinder mit Behinderungen, Problemschüler, fremdsprachige Kinder. Diese linksgrüne Ideologie der Gleichmacherei («Inklusion») macht die anderen Schüler zu Bildungs-Verlierern.

Desinteressierte Eltern 19.00 Uhr

Mutter von D. wieder nicht zur Sprechstunde erschienen. Somali-Dolmetscher wieder vergebens aufgebeten – bezahlen müssen wir ihn trotzdem.

Asylpolitik: Kurswechsel ist unumgänglich

Bald 40'000 Asylgesuche, überlastete Gemeinden und überforderte Behörden: Die Situation im Migrationsbereich ist desolat. Selbst die EU diskutiert eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Doch in Bundesbern bewegt sich nichts. Wann übernimmt der Bundesrat endlich Verantwortung?



Nationalrat und Ständeratskandidat **Gregor Rutz**, Mitglied Staatpolitische Kommission, Zürich (ZH)

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Hunderttausende strömen nach Europa. Wer so weit reist, tut dies meist aus ganz klaren Gründen. Diese Zuwanderer stossen zwar auf der Asylschiene zu uns, sind aber Wirtschaftsmigranten. Sie hoffen auf bessere Perspektiven und mehr Wohlstand. Und sie wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hier bleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert – soziale Hängematte inklusive.

Wer einmal hier ist, kann bleiben

In den letzten 20 Jahren wurden 100'690 Personen trotz abgelehntem Asylgesuch «vorläufig aufgenommen». Fast alle sind noch hier: rund 7'000 haben sogar den Schweizer Pass erhalten! Die meisten Asilmigranten bleiben für immer hier – und unser Asylsystem bietet die Voraussetzungen dazu.

Die Behörden schauen weg und tun nichts, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Seit Jahren geben wir enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts aus, können aber kaum beeinflussen, wer in die Schweiz kommt: «Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). In einem Satz: Es kommen zu viele und die Falschen.

Neuausrichtung der Asylpolitik

Mit verfahrenstechnischen Änderungen sind die Probleme im Mi-

grationsbereich nicht mehr zu bewältigen. Unsere Gesetze sind veraltet. Wir müssen grundsätzlich umdenken. Potenzielle Migranten dürfen keinen Anreiz mehr haben, nach Europa zu kommen. Dazu gehört die Auslagerung von Asylverfahren.

Die EU will die Verfahren künftig an der Schengen-Aussengrenze durch-

führen. Ob dies reicht, ist fraglich. Erfolgsversprechender scheint der Weg Grossbritanniens, sämtliche Verfahren in Ruanda abzuwickeln. So will die britische Regierung illegale Einwanderer von der Überfahrt auf dem Ärmelkanal abschrecken. Auch die Schweiz muss die Auslagerung der Asylverfahren angehen. Nur so können wir das kriminelle Schlepper-

wesen und den organisierten Menschenhandel stoppen.

Wenn wir konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum rücken, kann Bedürftigen gezielter geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es sich zu lösen.

Asylbewerber vergewaltigt Frau (46) in Basler WC-Anlage

Im Februar soll sich ein Mann aus Ostafrika in einer öffentlichen Toilette in Basel an einer betrunkenen Frau vergriffen haben. Unfassbar: Da der Beschuldigte bereits wegen sexueller Belästigung verurteilt wurde, hätte er sich gar nicht im Kanton aufhalten dürfen.



Quelle: Blick, 10. Juli 2023

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am **22. Oktober** **SVP**
Die Partei des Mittelstandes

Die masslose Zuwanderung der letzten 15 Schweizer Bevölkerung in fast allen Leben

Zubetonierung der Landschaft

Die Zubetonierung unserer Landschaft geht einher mit einem massiven Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 9 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 13 Fussballfelder an Wiesen und Landwirtschaftsland. Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung. 80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land.



Überlastetes und teures Gesundheitswesen

Auch hier sorgt die masslose Zuwanderung für steigende Kosten. Die 180'000 Personen, die letztes Jahr zusätzlich in die Schweiz gekommen sind, beanspruchen Ärzte, Zahnärzte, Spitäler, Altersheime und so weiter. Damit ist auch klar: Der Fachkräftemangel, namentlich im Gesundheitswesen, ist selbstverschuldet.

Kostenanstieg Prämien 2000 bis 2020



Energie- und Stromverbrauch

Mehr Leute bedeutet mehr Stromverbrauch, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.



Explodierende Sozialkosten

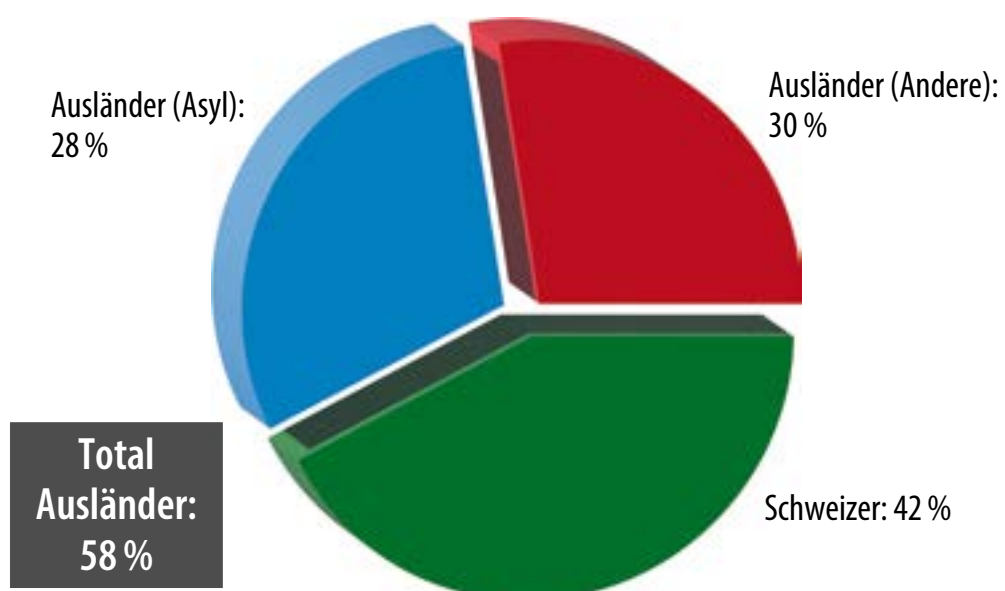
Die Ausländer beziehen viel häufiger Arbeitslosengelder und Sozialleistungen. Es findet eine milliardenteure Einwanderung in den Schweizer Sozialstaat statt. Allein die Zahl der Sozialhilfebezüger aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt 34,6 Prozent. Oder anders gesagt: Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt auf Kosten der Allgemeinheit.

Ausländer und insbesondere Asylsuchende/Flüchtlinge liegen dem Staat um ein Vielfaches mehr auf der Tasche als Schweizer. Ein Viertel aller «Schweizer» Sozialfälle verfügt über eine B-Bewilligung (hauptsächlich anerkannte Flüchtlinge mit B-Bewilligung).

37'000 Sozialhilfe-Bezüger sind «vorläufig aufgenommene» Asylmigranten mit negativem Asylentscheid. Das heisst: Jeder 8. Sozialhilfebezüger hätte eigentlich kein Recht, sich in der Schweiz aufzuhalten und dann noch auf Kosten der Allgemeinheit zu leben.

Auch bei der Arbeitslosenkasse zeigt sich das gleiche Bild. Im November 2022 waren praktisch gleich viele Ausländer (49,4 Prozent) arbeitslos wie Schweizer (50,6 Prozent). Ausländer sind also bei der Arbeitslosenkasse krass übervertreten: Ausländer sind doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer.

Sozialhilfebezüger nach Aufenthaltsstatus, 2021



Bildungsniveau sinkt

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund die Hälfte aller 15jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht mehr.



Infra
Die Staus
fünffacht!
die Schwe
stoffpreise
ihrer Anti-
lichen Ver
Anschlag.



Quelle: ASTRA

Jahre hat die Lage für die sbereichen massiv verschärft:

Wohnungsnot

Aufgrund der ungebremsen Zuwanderung gibt es kaum mehr freie und bezahlbare Wohnungen in unserem Land. Darunter leiden besonders Normalverdiener, Familien, Alleinerziehende und Senioren.



**Netto-Zuwanderung EU, Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus 2022:
plus 180'000 Personen in einem Jahr!**

**Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen.
Hauptsächlich aus Afghanistan und Nordafrika.
Niemand weiss, wo sich diese Personen
inzwischen befinden.**

Importierte Gewalt und Kriminalität

In der Kriminalstatistik – auch bei schweren Delikten – und in den Gefängnissen sowie bei häuslicher Gewalt sind Zuwanderer gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

So zeigt eine im September 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass die sexuellen Übergriffe auf Mädchen in Sek-B-Klassen massiv angestiegen sind. Studienautor Denis Ribeaud vermutet laut «20 Minuten», dass der Anstieg der Gewalt auch mit dem hohen Migrationsanteil in den Sek-B-Klassen zusammenhänge. «Die fehlende Durchmischung spielt zweifellos eine Rolle», sagte Ribeaud auch in einem Interview mit der Sonntagszeitung. «Wenn an einer Schule die patriarchal geprägten Normen dominieren, wie häufig im migrantischen Milieu, dann gehen damit gewisse Haltungen einher.»

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asylumigration in die Schweiz. Bundesbern verhindert die vom Volk angenommene Initiative zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «neuen Normalität» in unserem Land:

71 % der Insassen in Schweizer Gefängnissen sind Ausländer. In Europa: 15 %

56 % der Tötungsdelikte begehen Ausländer. Tätersuche, Strafverfahren, Inhaftierung und Opferhilfe kosten Milliarden.

57 % der Vergewaltigungen werden durch Ausländer und Asylanten verübt. Viele Frauen trauen sich nachts nicht mehr auf die Strasse.

Strukturen am Anschlag

Stunden auf den Strassen haben sich innert 20 Jahren verdoppelt. Doch statt endlich die Zuwanderung zu steuern, werden Treiber Autofahrer mit noch mehr Abgaben und höheren Treibstoffen abgezockt. Die Linken und ihre Klima-Kleber sorgen für noch mehr Verkehrschaos. Auch beim öffentlichen Verkehr kommen wir wegen der masslosen Zuwanderung an den



Wohlstandsverlust

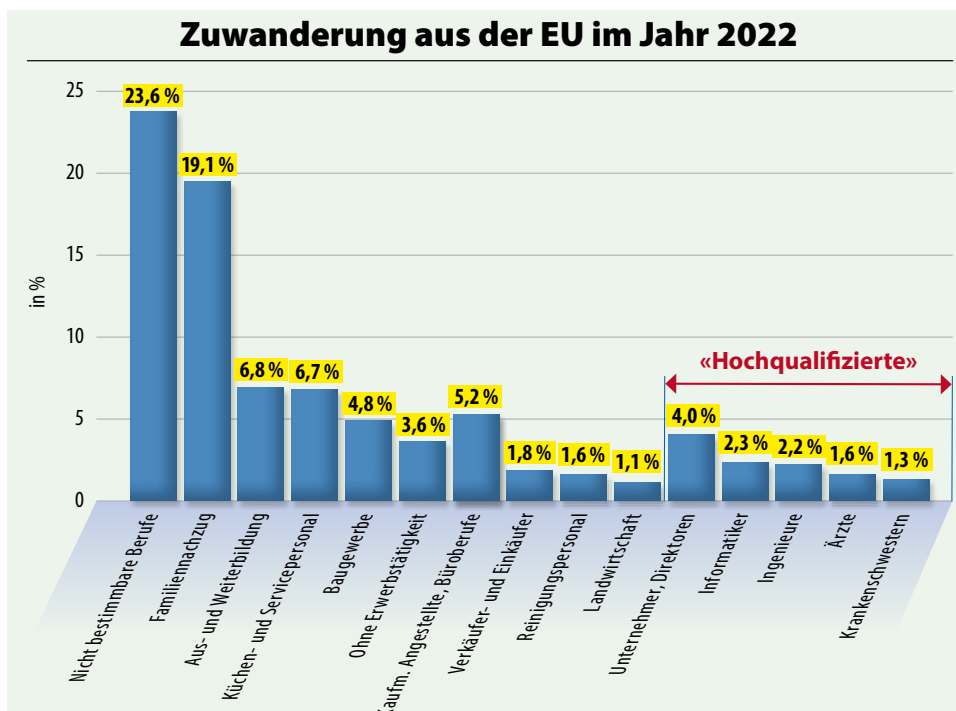
Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – wächst kaum noch seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007.

Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen wird zwar leicht grösser, aber er muss für immer mehr Personen reichen.

Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte sind. Es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag». Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist. Statt dringend be-

nötigte Informatiker, Ärzte oder Informatiker führen Ungelernte ohne genügende Sprachkenntnisse die Berufsliste der Einwanderer an. Zusätzlich kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren

2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. **Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.**



Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz



Nationalrat
Manuel Strupler,
Gartenbauunternehmer und
Landwirt,
Weinfelden (TG)

Als Gartenbauer, Landwirt und Familienvater mache ich mir Sorgen: Die Schweiz wird zubetoniert. Dieses unkontrollierte Bevölkerungswachstum ist für unser kleines Land nicht mehr verkraftbar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz zugewandert. Das entspricht der Stadt Basel! Dieses Bevölkerungswachstum ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Infrastruktur, Schulen, Wohneigentum, Landwirtschaftsflächen, Natur und Energieversorgung stehen vor dem Kollaps.

Darum haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» lanciert. Bei dieser wichtigen Initiative bin ich im Co-Präsidium und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir wollen eine Zuwanderung, die wir wieder selber steuern können. Aber keine Zuwanderung, die mehr Verlierer als Gewinner produziert. Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb bitte ich Sie: Unterschreiben Sie noch heute den beigelegten Unterschriftenbogen und motivieren Sie auch Ihr Umfeld dazu.

Jetzt! Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben: Stopp der 10-Millionen-Schweiz



Thomas Matter,
Nationalrat,
Mitglied des
Initiativ-Komitees

Infolge der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180'000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. **Unterschreiben Sie noch heute die dieser Zeitung beigelegte Volksinitiative.**



«Unsere Kinder sind die grössten Verlierer der missratenen links-grünen Asylpolitik»

Die Gemeinden werden von Asylanten überflutet. Nationalrätin und Gemeinderätin Martina Bircher sagt im Interview, was das kostet und welche Probleme so entstehen. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn es nicht mehr möglich ist, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.



Nationalrätin **Martina Bircher**, Aarburg (AG)

Sie sind Sozialvorsteherin in der Gemeinde Aarburg (AG). Haben Sie noch freie Plätze für Asylbewerber?

Nein, durch die kantonale Asylunterkunft übertreffen wir unser Soll schon seit Jahren und haben nicht die Absicht, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Wie viele Asylanten müssen Sie betreuen und wie viele davon sind echte Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes?

Mit dem beschleunigten Asylverfahren werden den Gemeinden vorwiegend vorläufig aufgenommene Ausländer zugeteilt. Wir müssten 60 Personen aufnehmen, zusammen mit den Personen mit Status S sind es insgesamt 130. Dazu kommen noch alle die Personen, welche der Bund als Flüchtlinge anerkennt, insbesondere Eritreer. Diese haben freie Wohnungswahl, davon haben wir nochmals 200 Personen.

Wie viele davon sind Familien, wie viele junge Männer?

Bei den Personen, welche über die Asylschiene in die Schweiz kommen,

sind es vorwiegend Männer. Da der Bund aber an 40% den Flüchtlingsstatus verteilt und weiteren 20% die vorläufige Aufnahme, kommen die Frauen und Kinder zeitverzögert in die Schweiz mittels Familiennachzug.

Wie viele dieser Personen leben von der Sozialhilfe?

80 bis 90% leben von Sozialhilfe, nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem garantiert jedem eine Wohnung inkl. Nebenkosten, Krankenversicherung, Franchise, Selbstbehalt, weitere Gesundheitskosten (z.B. Zahnarzt), Geld für den Lebensunterhalt sowie situationsbedingte Leistungen wie Möbel, ÖV etc. Wir haben viele Fälle, welche schon über eine ¼ Million Franken gekostet haben.

Wie viel mussten die Steuerzahler für den teuersten Fall aufwenden?

Wir hatten einmal eine eritreische Frau mit 4 Kindern im Mutter-Kind Heim, das kostete 25'000 Franken pro Monat. Wenn sich die KESB einschaltet, und das ist leider oft der Fall, wird es ganz teuer. Für 130 bis 150 Franken pro Stunde wird den Ausländern beigebracht, wie sie einkaufen oder wie sie ein Znüni für die Schule machen müssen. Wenn es zu einer Fremdplatzierung kommt, sprechen wir von Kosten zwischen

7'000 und 15'000 Franken pro Monat und Kind. All das ordnet die KESB an, die Gemeinde muss es dann einfach zahlen.

Finden die Asylanten eine Arbeit?

Leider ist das schwierig. Diese Personen kommen oft aus fremden Kulturen, haben kaum Schulbildung, die Arbeitgeber warten nicht auf diese «Fachkräfte». Erschwerend kommt hinzu, dass viele sehr viele Kinder haben. Selbst wenn sie einen Job finden, können wir sie nicht von der Sozialhilfe abmelden.

In vielen Schulen gibt es kaum mehr Kinder ohne «Migrationshintergrund». Wie ist die Situation in Ihrer Gemeinde?

Nach den Sommerferien führen wir Deutsch-Frühförderung ein, weil die meisten Kinder beim Kindergarten eintritt kein Wort Deutsch können. Pro Jahrgang haben wir jeweils 100 Kinder, 50 Schweizer und 50 Ausländer. Leider haben über 50% einen Deutsch-Frühförderbedarf. Das bedeutet, dass selbst bei eingebürgerten Eltern mit den Kindern zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Es gibt unzählige Studien, die belegen, dass ab einem Anteil von mehr als 30% Nicht-Deutschsprechenden ein qualitativer Schulunterricht nicht möglich ist. Unsere eigenen Kinder sind die grössten Verlierer dieser verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik.

«80 bis 90% aller Asylanten leben von Sozialhilfe. Nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig.»

Sie fordern eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Was meinen Sie damit konkret?











Würde Schengen-Dublin funktionieren, hätte die Schweiz, umgeben von sicheren Staaten, kein einziges Asylgesuch. Heute ist es aber so, dass 60% legal in der Schweiz bleiben dürfen, weil der Bund sie nicht zurückweist. Weitere 20%

bleiben da, obwohl sie gehen müssten, und nur 20% werden effektiv ausgeschafft. Sprich: Wer das Zauberwort «Asyl» sagt, bleibt zu 80% in der Schweiz. Daher müssen wir das System komplett ändern: In der Schweiz darf es gar nicht mehr möglich sein, ein Asylgesuch zu stellen, dies muss in einem Drittstaat geschehen.





Nichtintegration wird belohnt!

Was uns die links-grüne Asyl-Sozial-Industrie kostet:


Direktausgaben der Gemeinden im Aargau am Beispiel einer 4-köpfigen-Familie, die Sozialhilfe bezieht (alle Beträge steuerfrei!).

	Grundbedarf für 4 Personen	26'472.00 CHF
	Wohnung	16'800.00 CHF
	Haftpflichtversicherung	170.00 CHF
	Hausrat	245.00 CHF
	AHV-Beiträge	956.00 CHF
	Zahnarztkosten	3'500.00 CHF
	Selbstbehalt	2'100.00 CHF
	Franchise	600.00 CHF
	Brille	150.00 CHF
	Schullager	150.00 CHF

Weitere Kosten

	Beschäftigungs-/Integrationsprogramm	7'200.00 CHF
	Deutschkurs	3'500.00 CHF
	Krankenkassenprämien	11'920.00 CHF
	Personalaufwand, Administration	2'200.00 CHF

Einnahmen

	Kinderzulagen	4'800.00 CHF
---	---------------	--------------

Total Kosten

		75'963.00 CHF
---	--	----------------------

Asyl-Chaos: teuer, gefährlich, ungerecht

Zehntausende junge Männer kommen aus der ganzen Welt mit kriminellen Schlepperbanden in die Schweiz. Die Kantone müssen für viel Steuergeld Wohnungen mieten und stellen sogar Schweizer Mieter auf die Strasse. Die Kosten explodieren: Allein auf Bundesebene werden über 4 Milliarden Franken – fünf Prozent aller Bundesausgaben – dafür verwendet! Diebstähle, Gewalttaten, Belästigungen, Unsicherheit nehmen massiv zu.



Nationalrat **Thomas Aeschi**, Fraktionspräsident und Nationalrat SVP, Baar (ZG)

Das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweizer Bevölkerung. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asyl-Migranten mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden in unser Land. Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind fatal: Zu viele Asyl-Migranten

kommen aus frauenunterdrückenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar.

Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfebezügler aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt sagenhafte 34,6 Prozent! Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt also auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Junge Männer aus Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten usw.

Aus der ganzen Welt kommen junge Männer mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie reisen durch

Eritreer ersticht Mann

«Messerstecherei in Solothurn endet tödlich – beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen Eritreer.»



Quelle: Blick, 02.08.2023/ Symbolbild

sichere Länder und suchen sich das beste Asyl-Land aus: zum Beispiel die Schweiz. Warum? Sie können hier auf Kosten der Allgemeinheit leben und werden kaum in ihr Herkunftsland zurückgeschafft. Das sorgt für enorme Kosten und Probleme bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in den Schulen sowie bei Polizei und Justiz.

Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asyl-Chaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten «vorläufig Aufgenommenen». Sie müssten eigentlich die Schweiz verlassen, können aber angeblich nicht ausgeschafft werden. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am
22. Oktober



Aufnahme. Nur gerade 112 von ihnen mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Dieses Asyl-Chaos muss endlich gestoppt werden!

2023: über 4 Milliarden Franken Kosten beim Bund allein! Pro Kopf und Jahr macht dies 450 Steuerfranken bzw. für eine 4-köpfige Familie 1'800 Franken

Asylausgaben Bund 2021:
Asylausgaben Bund 2022:
Asylausgaben Bund 2023 (Budget):

rund 1,5 Milliarden Franken
rund 2,4 Milliarden Franken
über 4 Milliarden Franken

Nein zum Gender-Wahn – Ja zur Freiheit

Ärgern Sie sich auch über all die neuen Schreibarten mit Doppelpunkten, Sternchen und anderen Symbolen? Unter dem Deckmantel der Toleranz will uns links-grün vorschreiben wie wir zu reden, zu denken und zu handeln haben. Die immer extremeren Forderungen greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegenreten.



Ständerätin **Esther Friedli**, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder Begriffe wie «Gender», «Wokeness» und «Cancel Culture». Unter diesen Begriffen können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei nichts Böses. Doch was harmlos tönt, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von Menschen, die sich zu den Eliten zählen und sich als tolerant und links bezeichnen.

Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten auch bei uns immer mehr zum Vorschein: Dass zum Beispiel eine der für mich besten Süssigkeiten – der Mohrenkopf – nicht mehr so benannt

werden darf. Eine kleine Minderheit hat auf einen Grossverteiler so lange Druck ausgeübt, bis er ein Produkt, das der Hersteller immer noch Mohrenkopf nennt, aus den Verkaufsregalen genommen hat.

Oder unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Rasta-tragende weisse Musiker nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil angeblich nur Schwarze

Rasta-Frisuren tragen dürfen. Studenten berichten, dass sie in ihren Arbeiten eine gendergerechte Sprache verwenden müssen, sonst drohten ihnen Notenabzüge.

«Gender-Ideologie» dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser links-grünen Ideologie aus den Städten ist «Gender». Bei dieser Ideologie wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt an ein Geschlecht hat, sondern das Geschlecht frei wählen kann. Dabei gibt es nicht nur Frau und Mann, sondern Dutzende verschiedene Geschlechter.

Diesen Gender-Unsinn lesen und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «gendern». Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgendetwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

«Geschlechtsneutrale» Toiletten an Schulen?

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift dieser wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneutral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. An

«Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.»



Völlig überflüssig: Links-Grüne Gender-Ideologen wollen flächendeckend für viel Geld die Strassenschilder mit sog. gendergerechten Schildern ersetzen.

gewissen Schulen wird gar propagiert, ein anderes Geschlecht auszuprobieren bzw. dem Kind noch keinen Namen zu geben. Ohne Einwilligung der Eltern werden minderjährige Kinder diesem Gender-Irrsinn ausgesetzt.

Es gibt eine kleine Minderheit, die im falschen Körper geboren wurde und deren Probleme man ernst nehmen muss. Aber muss das jetzt die ganze

Gesellschaft betreffen? Muss sich nun jede und jeder fragen, ob er im richtigen Körper geboren wurde? Ich meine nein.

Und man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Wo ist eigentlich der gesunde Menschenverstand geblieben? Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.

Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln in Gefahr

Der Hauptauftrag der schweizerischen Landwirtschaft ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Die Versorgung ist jedoch massiv gefährdet.



Nationalrat **Alois Huber**, Meisterlandwirt und Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Wildegg (AG)

Die Bauerfamilien leisten einen wichtigen Beitrag an unsere Ernährungssicherheit. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren. Das zeigt der sogenannte «Selbstversorgungsgrad»: Er misst in Prozenten, wie viel unseres Lebensmittelbedarfs noch in der Schweiz produziert wird. Der Selbstversorgungsgrad lag 2020 noch bei netto 49 Prozent.

Der Selbstversorgungsgrad ist den letzten zwanzig Jahren um über 10 Prozent gesunken. Der wichtigste Grund ist das starke Bevölkerungswachstum: plus 1,5 Millionen seit 2002. Die Schweiz wird zubetoniert. Die Siedlungsfläche hat seit 1980 um 31 Prozent zugenommen – auf Kosten der Land-

wirtschaftsfläche. Die Ackerfläche pro Kopf liegt in der Schweiz noch bei 470 m². Zum Vergleich: In Österreich sind es 1500 m², in Deutschland 1410 m² pro Kopf.

Der zweite Grund, warum wir in der Schweiz immer weniger Lebensmittel produzieren, sind die ökologischen Vorschriften. Durch die aktuelle Agrarpolitik werden heute in der Schweiz circa 20 Prozent des Kulturlandes extensiv bewirtschaftet: also viel Ökologie, aber wenig Produktion.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland verhindern, darf der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinken, sondern muss wieder erhöht werden.

Dies gelingt aber nur, wenn wir das Bevölkerungswachstum stoppen und die Agrarpolitik für eine produzierende Landwirtschaft anpassen.



Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke einheimische produzierende Landwirtschaft ist.

Stau auf den Strassen, Klima-Kleber, Feindbild Autofahrer

Jeden Tag stehen wir im Stau – wichtigste Ursache dafür ist die masslose Zuwanderung. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Doch auch die schikanöse links-grüne Verkehrspolitik und ihre Klima-Kleber richten massiven Schaden an.



Nationalrat und Ständeratskandidat **Benjamin Giezendanner**, Transport-Unternehmer, Rothrist (AG)

Die masslose Zuwanderung bringt unsere Infrastruktur an den Rand des Kollapses. Das erleben wir täglich mit den Staus auf unseren Strassen. Seit 1995 sind über 1,5 Millionen Personen zugewandert. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht!

Zum persönlichen Ärger kommen die massiven Kosten. Als kantonaler Gewerbeverbandspräsident und Transportunternehmer sind mir die Horror-Zahlen bekannt: Jeden Tag häufen sich auf den Schweizer Strassen 200'000 Stunden Verspätung an. Die verlorene Zeit kostet rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind übrigens die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE.

Die Mobilität ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Wir zerstören unseren Wohlstand, wenn wir nicht zu einer vernünftigen und massvollen Zuwanderung zurückkehren.

Abzockerei der Autofahrer

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind auf ein Auto angewiesen: Familien, Pendler, Handwerker, Menschen in ländlichen Gebieten. Die SVP wehrt sich gegen die Abzockerei der Autofahrer: Nur schon die Mineralölsteuer (inkl. Zuschläge) machen 1570 Franken im Jahr aus¹. Dazu kommen: Motorfahrzeugsteuer (im Schnitt 360 Franken), Autobahn-Vignette (40 Franken), Automobilsteuer, öffentliche Parkgebühren usw. Jeder Haushalt mit Auto zahlt mehr als 2000 Franken im Jahr an Abgaben.

Offenbar nicht genug für die links-grünen Parteien. Die grüne Fraktionschefin forderte einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter. Das wären rund 250 Franken pro Tankfüllung! Unbezahlbar für die meisten Schweizerinnen und Schweizer.

Klimakleber schikanieren Autofahrer

Klima-Kleber blockieren Strassen. Sie schikanieren die arbeitende Bevölkerung. Vor allem in den links-grün regierten Städten wird eine autofeindliche Politik betrieben: Aufhebung von Zufahrtsstrassen, Abbau von Parkplätzen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen, Bussen-Terror, horrenden Parkgebühren. Manchmal möchte man ein Experiment machen: Was würde wohl passieren, wenn die Handwerker und Lieferanten von Gütern und Lebensmitteln die links-grünen Städte eine Woche bestreiken würden ...

Wer diese autofeindliche Politik korrigieren will, wählt im Oktober die SVP.

¹ Wohin fließen die Milliarden? - AUTOMOBIL.REVUE

Stautunden 2008 – 2022



Wollen Sie eine 10-Millionen-Schweiz?

Immer mehr Einwanderung bedeutet höhere Mieten, mehr Ausländerkriminalität, verstopfte Strassen, sinkendes Bildungsniveau.

Mit einer kontrollierten Einwanderung schützen wir uns, unsere Kinder, unsere Natur und erhalten unsere lebenswerte Heimat.



Sie haben die Wahl!

**Am 22. Oktober SVP wählen.
Danke.**

Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

01. Wie viele Menschen sind 2022 netto in die Schweiz eingewandert?

180'000 = S
 90'000 = X
 150'000 = Y

02. Wie hoch belaufen sich die Kosten für das Asylwesen beim Bund im 2023?

1 Mrd = OR 2,5 Mrd = LZ
 4 Mrd = VP

03. Was ist das Ziel der neuen SVP Volksinitiative?

Kriminelle Ausländer ausschaffen = P
 Keine 10-Millionen-Schweiz = W

04. Was ist das Ziel des Gendersterns?

Politische Bevormundung = ÄH
 Bessere Orientierung am Sternenhimmel = ÖR

05. Was ist das Wahlkampf-Motto der SVP?

Für eine sichere Zukunft in Freiheit = L
 Für eine sichere Freiheit in Zukunft = R

06. Wie viele Bundesräte hat die SVP?

Leider noch keine = BN
 Bereits zwei = EN

Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.
Natel Nummer: _____
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Wahlkampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Ich unterstütze die **SVP-Wahlkampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende _____ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name / Vorname _____

Strasse _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

01. 02. 03. 04. 05. 06.

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 22. Oktober 2023

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2023 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

www.svp.ch

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Für eine sichere, umweltfreundliche und bezahlbare Energieversorgung



Die Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Das Resultat dieser unrealistischen Politik ist eine Strommangellage in der Schweiz. Die Halbierung der fossilen Energien bis 2035 und der Ausstieg aus der Kernenergie stehen noch an. Milliardenkosten, noch teurere Energiepreise, aber auch eine Zupflasterung der Bündner Landschaft mit Windkraftturbinen sind die Folgen. Trotzdem wird der Strom nicht reichen. Die Politik muss einer vernünftigen Versorgungssicherheit Priorität einräumen.

Die Energiestrategie 2050 ist unrealistisch und widersprüchlich. Der zusätzliche Bedarf an Strom kann im Winter und mit dem sukzessiven Ausstieg aus den fossilen Energien Heizöl, Gas, Diesel und Benzin und aus der Kernkraft nicht mehr gedeckt werden. Die bereits vorhandenen Stromengpässe verschärfen sich. Auch in den europäischen Nachbarländern ist die Lage prekär, weshalb ein fossilfreier Import unrealistisch wird.

Die Prinzipien Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Unabhängigkeit vom Ausland sind bei allen Energieformen zu berücksichtigen.

Oberstes Ziel der Energiepolitik muss die Versorgungssicherheit sein. Der Hauptfokus ist auf eine CO₂-freie Stromproduktion zu legen, wobei der Wasserkraft und dem Bau von modernen Kernkraftwerken als verlässliche

Grundpfeiler der Versorgung mit Bandenergie ein grosser Stellenwert einzuräumen ist. Für Graubünden sind die Wasserzinsen finanziell äusserst wichtig. Es gilt, sie in Bern ohne Wenn und Aber zu verteidigen. Neue, regional unbestrittene Wasserkraftwerke, wie das Kraftwerk Chlus, sind unkompliziert zu realisieren. Wasser- und moderne Kernkraftwerke müssen in die Evaluation miteinbezogen werden. Wenn sie nicht mehr durch umfangreiche Verbandseinsparungen oder Verbote blockiert werden, sind sie bezüglich Kapazität, Kosten, Versorgungssicherheit und CO₂-Ausstoss konkurrenzlos. Die nochmalige Verlängerung der bestehenden Laufzeiten der Kernkraftwerke soll realisiert werden, solange die Sicherheit gewährleistet werden kann. Neue Energieformen sind ebenfalls zu ermöglichen, müssen sich aber im Markt behaupten können. Für alle Energieformen sind die

Prinzipien Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Unabhängigkeit vom Ausland zu berücksichtigen. Die Zeche für teure Lösungen und massive Subventionen (insbesondere für Wind- und Solaranlagen) werden nämlich die Konsumentinnen, die Steuerzahler, aber auch das Gewerbe bezahlen müssen. Die Erhöhung der Netzgebühren wird bereits ab nächstem Jahr auf der Stromrechnung sichtbar sein.

Warnungen der SVP wurden von der Politik konsequent ignoriert

Die SVP warnte als einzige Partei vor den dramatischen Folgen der Energiestrategie 2050. Bereits heute führt die Verknappung der Energie zu Engpässen, Sparappellen, Kontingentierungen und zu massiv höheren Preisen. Höhere Strompreise verteuern das ganze Leben: Mobilität, Heizen, Nebenkosten, Mieten, Güter des tägli-



bisher

Nationalrätin **Magdalena Martullo-Blocher**, Unternehmerin EMS-CHEMIE, Lenzerheide (GR)

chen Bedarfs, Ferien, Lebensmittel, Transporte etc. Um die daraus entstehende Inland-Inflation zu senken, muss die Nationalbank die Zinsen erhöhen, was wiederum höhere Mieten für alle und höhere Investitionskosten für Unternehmen zur Folge hat. Die SVP forderte - bereits vor dem Ukraine-Krieg! - die Einsetzung eines Strom-Generals mit dem Auftrag, Varianten für eine sichere, möglichst unabhängige und bezahlbare Energieversorgung auszuarbeiten. SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga kam dieser Forderung jedoch nicht nach. Unser SVP-Bundesrat Albert Rösti wird die Energieplanung realistisch überarbeiten, gangbare Varianten ausarbeiten und zur Diskussion stellen.

Die Energiepolitik der Zukunft hat sich an realistischen Annahmen und Massnahmen und nicht an ideologischen und utopischen Wunschvorstellungen zu orientieren. Staatliche und regulatorische Eingriffe sind auf ein Minimum zu reduzieren und die lokale Bevölkerung ist in jeden grundlegenden Entscheid miteinzubeziehen. Jeder Energieträger soll seinen Vorteilen entsprechend an der Produktion beteiligt sein. Die Gesellschaft soll entscheiden, welchen Energieträgern sie welche Rolle geben will. Oberstes Ziel bleibt, dass unser Land so unabhängig wie möglich vom Ausland bleibt.

Neuer kantonaler Richtplan Wind-Energie – so geht es nicht!

Die Bündner Regierung will 25 Windparkzonen, die alle im nationalen Interesse liegen. Die Landschaft wird massiv verschandelt, die betroffenen Gemeinden und die Bündnerinnen und Bündner haben eine eingeschränkte Mitsprache, sogar Enteignungen sind möglich!

Arosa, Davos, Flims/Laax, Lenzerheide/Parpan/Churwalden, Scuol, Samnaun, Savognin, Müstair und die Bündner Herrschaft sollen oberhalb der Dörfer und in den Skigebieten mit Windrädern verbaut werden. Die Gemeinden wurden nicht einbezogen und die Vernehmlassung wurde nur auf Druck der SVP bis im September verlängert. Tatsächlich ist die Vernehmlassung das einzige rechtliche Mittel, das den Gemeinden und der Bevölkerung bleibt. In den 25 durch die Regierung ausgewählten Windgebieten würden neben der Verschandelung der Tourismusgebiete auch massive Eingriffe in die Landwirtschaft und die Tier- und Pflanzenwelt entstehen. Die Windparks hätten gravierende wirtschaftliche Auswirkungen für die Wohnbevölkerung, den Tourismus, das Gewerbe und die Industrie. Aus diesem Grund hat die SVP Graubünden die Regierung aufgefordert, den Richtplan umgehend zurückzuziehen und ihn in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden zu überarbeiten. Damit auch die Bevölkerung die Möglichkeit hat, eine solche Überarbeitung des Richtplans zu fordern, hat die SVP eine entsprechende Petition auf www.SVPWind.ch lanciert, welche bereits grossen Anklang gefunden hat. Unterschreiben Sie jetzt!



Wind-Energiegebiet Nr. 44 «Jakobshorn» (Davos), gemäss kantonalem Richtplan

Quelle: Petition Richtplan Energie



**Machen Sie mit!
Petition jetzt unterschreiben:**
QR-Code scannen oder auf www.svpwind.ch

Power Liste 1 für den Nationalrat



bisher

Magdalena Martullo-Blocher

54, Meilen/Lenzerheide, drei Kinder, Unternehmerin EMS-CHEMIE, Nationalrätin



Roman Hug

42, Says, selbständiger Architekt, Gemeindepräsident Trimmis, Grossrat



Sandra Adank

39, Chur, Unternehmerin, Präsidentin SVP Chur, Grossrätin



Ronny Krättli

43, Domat/Ems, zwei Kinder, selbständiger Plattenleger, Grossrat



Gabriela Menghini-Inauen

40, Li Curt, Enterprise Risk Managerin, Grossrätin

Es geht um viel mehr als um Wölfe



Gerissenes Rind im Bündner Oberland

Quelle: Privat

In Graubünden leben derzeit mindestens zehn Wolfsrudel. Im Jahr 2022 haben diese laut offiziellen Zahlen 517 Nutztiere gerissen. Dass der Schutz des Wolfes schweizweit vereinheitlicht und von Bern aus gesteuert ist, widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip der föderalistischen Schweiz.

Neben den Nutztierissen eröffnen sich weitere Problemfelder. Die dauernde Bedrohung der Herden durch Wölfe bringt viele Bauern und ihr soziales Umfeld an den Rand der Belastbarkeit. Dies wurde in einer Umfrage der Bündner Regierung sowie in einer wissenschaftlichen Arbeit bestätigt. Hinzu zur Belastung durch Wolfsattacken kommen vorzeitige Abalpungen, die Aufgabe von Weidegebieten und Betriebszweigen oder sogar von ganzen Betrieben. Diese Tendenz steht im Widerspruch zum verfassungsmässigen Auftrag, wonach die Landwirtschaft zur sicheren Versorgung der Bevölkerung beitragen soll.

Wölfe versus Naturschutz

Der überwiegende Teil der menschlichen Erholungsgebiete und der Naturschutzflächen im Kanton Graubünden wird von der Land- und Alpwirtschaft gepflegt. Über Jahre wurde ein sensibles Gleichgewicht zwischen Schutz und Bewirtschaftung geschaffen. Dieses steht nicht nur durch die Aufgabe von Flächen, sondern vor allem durch eine Demoralisierungskampagne gegen die Landwirte und Äpler durch links der Mitte stehende Parteien und die ihnen nahestehenden Verbände auf dem Spiel.

Die Märchen der Wolf-Schützer

Den Wunsch eines Teils der Bevölkerung, Grossraubtiere wieder bei uns zu beheimaten, wurde durch eine Sympathiekampagne der Umweltschutzorganisationen kultiviert. Diese fusste auf folgenden Glaubenssätzen: der Wolf ist scheu und hält sich von Menschen und Siedlungen fern, der Wolf ernährt sich von Wild und reisst höchstens sogenannte ungeschützte Schafe, Grossvieh gehört nicht zum Beutespektrum des Wolfs, der Herdenschutz gewährleistet die Koexistenz. All diese Thesen haben die Wölfe in den letzten 20 Jahren selbst widerlegt. Wölfe halten sich immer wieder in Siedlungen auf und fressen was sie bekommen können, auch Grossvieh.

Weidevieh und dem damit verbundenen Leid betroffen. Die gegenwärtigen Regulierungsmassnahmen setzen einen Schaden an Nutztieren oder eine Gefährdung des Menschen voraus, statt auf dem Prinzip eines verantwortungsvollen Schutzes vor Schäden zu basieren, wie wir dies von der Naturgefahrenprävention kennen.

Es braucht nun einen grossen Effort der Politik, um unsere besonders schützenswerten Alp- und Waldgebiete sowie den ländlichen Raum mit seiner Bevölkerung und den zahlreichen erholungssuchenden Gästen vor Grossraubtieren zu schützen.

Schritte in die richtige Richtung zeigen den weiteren Handlungsbedarf

Nur eine strikte Regulierung über kurze Entscheidungswege kann eine weitere Eskalation verhindern. In Graubünden wurden im Jahr 2022 und im Winterhalbjahr 2022/2023 so viele Wölfe legal erlegt wie nie zuvor. Entsprechend zeichnete sich anschliessend eine leichte Entspannung ab. Jedoch sind verschiedene Gebiete nach wie vor stark durch Übergriffe auf

Nationalratskandidat **Thomas Roffler**, Landwirt, Grüşch (GR)

Beschwerderecht verhindert Innovationen

Das Beschwerderecht hat schwerwiegende Auswirkungen auf die wertschöpfungsreiche Tourismusbranche Graubündens. So hat das Bundesgericht entschieden, dass die Erneuerung der über 40-jährigen Signalbahn der Engadin St. Moritz Mountains AG nicht realisiert werden kann, obwohl sich die Bevölkerung an der Urne für einen Ersatz der Bahn ausgesprochen hat.

Die heutige Gesetzgebung fordert schon in den Vorprojekten vertiefte Abklärungen wie Umweltverträglichkeitsberichte. Nicht selten reden die Umweltverbände von Anfang an mit.

Die Umweltschutzorganisationen haben es sich zur Tugend gemacht, gegen jegliche Bauvorhaben ausserhalb der Bauzone und gegen jegliche Infrastrukturprojekte Einsprache zu erheben, oder zumindest damit zu drohen. Im Wissen darum, dass dies zu jahrelangen Verzögerungen führt und die Investoren teils die Geduld verlieren und Projekte zurückziehen. Wir sind heute an einem Punkt angelangt, an dem die Projektierung und Genehmigung weit mehr Zeit beansprucht, als die eigentliche Realisierung eines Projektes.

Innovationen in Tourismus und Wirtschaft werden gehemmt

Die Ausgangslage ist in Graubünden eine andere, als in den dicht besiedelten urbanen Räumen der Schweiz. Viele touristische Infrastrukturen sind



Zahlreiche Bergbahnen müssen erneuert werden

Quelle: pixabay

in den 1960er- und 1970er-Jahren erstellt worden und bedürfen in den nächsten Jahren einer Erneuerung oder einer Erweiterung. Um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, sind solche Investitionen unumgänglich. Dem Natur- und Umweltschutz gilt es dabei Sorge zu tragen, aber Schutz und Bewirtschaftung müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Und hier liegt das

Problem: die Umweltschutzorganisationen stellen den Schutz der Natur über alles. Ihr Ziel ist es, Graubünden zu einem Freilichtmuseum nach dem Beispiel Ballenberg zu entwickeln. Dies ist alles andere als wirtschafts- und innovationsfreundlich und geht fast immer zu Lasten der einheimischen Bevölkerung. Eine Revision des Verbandsbeschwerderechts ist dringend angezeigt.

Nationalratskandidat **Walter Grass**, Landwirt und Skischulleiter, Urmein (GR)

Das Verbandsbeschwerderecht hatte in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts durchaus seine Berechtigung. Zu diesem Zeitpunkt war die Gesetzgebung noch nicht derart reguliert und Umwelthanliegen fanden eher wenig Beachtung. Doch heute, das zeigt die jüngere Vergangenheit, dient das Verbandsbeschwerderecht nur noch der Verhinderung von Infrastrukturprojekten, welche von Parlamenten oder durch Volksabstimmungen längst genehmigt worden sind.

Puura Liste 5 für den Nationalrat

**Thomas Roffler**

52, Grüşch, drei Kinder, Landwirt, Präs. Bündner Bauernverband, Grossrat

**Walter Grass**

49, Urmein, Landwirt, Skischulleiter, Fraktionspräsident SVP, Grossrat

**Gabriella Binkert Becchetti**

62, Sta. Maria V.M., Gemeindepräsidentin, Hotelière, Agriturismo

**Benjamin Hefti**

39, Zizers, zwei Kinder, Landwirt EFA / Forstwart EFZ, Grossrat

**Martin Sgier**

38, Lumbrein, zwei Kinder, Landwirt, Gemeindevorstand, Grossrat

Lösungen der SVP gegen die Wohnungsnot



Fehlender Wohnraum belastet Wirtschaft und Tourismus

Quelle: pixabay

Die Corona-Pandemie und die Zweitwohnungsinitiative haben die Wohnungsnot in unserem Kanton verschärft. In den Touristenzentren finden Einheimische und Fachkräfte kaum mehr Wohnungen, was Tourismus, Gewerbe und Wirtschaft massiv belastet. Als selbständiger Architekt und langjähriges Vorstandsmitglied der Bündner Vereinigung für Raumentwicklung bin ich überzeugt, dass das Problem hausgemacht ist und mit griffigen Massnahmen korrigiert werden kann.

Nationalratskandidat **Roman Hug**, selbständiger Architekt, Trimmis (GR)

lage beschlossen. Dies mit der Begründung, dass die Revision die Kontrolle der Raumplanung unerwünschterweise von den Gemeinden und Kantonen an den Bund delegiert. Heute, 10 Jahre später, haben sich die damaligen Befürchtungen bewahrheitet. Ironie der Geschichte: Die Politiker der anderen Parteien jammern heute über die Auswirkungen der Revision, der sie damals zugestimmt haben.

sionen nur noch hinsichtlich ihrer Rechtmässigkeit prüft - und nicht mehr betreffend Zweckmässigkeit. Weiter gilt es, die sogenannte Bevölkerungsperspektive neu zu berechnen und entsprechend unnötige Rückzonungen zu vermeiden. Zudem sind mögliche neue Bauzonen zu schaffen. Auch sind finanzielle Entlastungen und weniger Denkmalschutz bei Umbauten von Ställen und nicht bewohnbaren Häusern im Dorfkern zu prüfen. Generell sind kantonale Verschärfungen des nationalen Rechts aufzuheben. Schliesslich ist mittels einer Standesinitiative zu erwirken, dass die Raumplanung wieder vermehrt als Aufgabe der Kantone angesehen und der Föderalismus dadurch gestärkt wird. Langfristig muss den Gemeinden mehr Entscheidungsspielraum überlassen werden.

Mehr Kompetenzen für Gemeinden
Angeht den akuten Wohnraum-mangels in den Tourismuszentren Graubündens verlangt die SVP, dass der Kanton rasch Massnahmen trifft, um der Problematik entgegenzuwirken. Unter anderem verlangt die SVP, dass der Kanton sämtliche Raumplanungs- und Baugesetzrevi-

Bereits im Jahr 2013 warnte die SVP vor den Folgen einer Annahme der Revision des Raumplanungsgesetzes. Von den Bündner Nationalräten stimmte damals einzig SVP-Nationalrat Heinz Brand gegen die Vorlage. An der Delegiertenversammlung der SVP Graubünden wurde einstimmig die Nein-Parole gegen die Vor-

Das fordert die SVP Graubünden:

- ▶ Massive Beschleunigung der Raumplanungsprozesse
- ▶ Keine unnötigen Rückzonungen, dafür mögliche neue Bauzonen
- ▶ Finanzielle Entlastung und weniger Denkmalschutz bei Umbauten von nicht bewohnbaren Ställen
- ▶ Sofortige Abschaffung von kantonalen Hürden
- ▶ Standesinitiative zur Korrektur der Fehlentwicklung in der nationalen Raumplanung



QR-Code scannen!

5-Punkteprogramm für mehr Erstwohnungen

Lösungsansatz der SVP

Vor diesem Hintergrund präsentierte die SVP Graubünden anfangs Jahr ein griffiges 5-Punkteprogramm, das im Bereich Raumplanung klare Lösungen aufzeigt. Damit sollen überflüssige Bürokratie beseitigt und Kompetenzen

zurück an den Kanton bzw. an die Gemeinden übertragen werden. Das detaillierte Programm mit einem ausführlichen Argumentarium kann auf der Homepage der SVP Graubünden eingesehen werden: www.svp-gr.ch

Fachkräftemangel – jetzt anpacken!

Nationalratskandidatin **Sandra Adank**, Unternehmerin, Chur (GR)

Fachkräftemangel, Personalengpässe, «War for Talents» – Begriffe, die aktuell aus den Medien nicht mehr wegzudenken sind. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist angespannt, die Zahl der Stellensuchenden auf einem Rekordtief.

In den letzten Monaten hat sich die Lage zugespitzt. Die Ursachen sind vielfältig: Alternde Bevölkerung, technologischer Wandel, aber auch unser Bildungssystem, welches die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts unzureichend berücksichtigt.

Fachkräftemangel und seine Folgen

Der Fachkräftemangel wird für die Unternehmen zunehmend problematisch und teils existenzgefährdend, da er sich auf die Produktivität, das Wachstum und die Innovationskraft auswirkt. Kleinere und mittlere Unternehmen bekunden verstärkt Mühe im Wettbewerb um Personal. In gewissen Branchen wird aufgrund des Personal-mangels gar die Dienstleistungsqualität beeinträchtigt.

Konkrete Lösungsmassnahmen

Zentral ist nun die Fragestellung, wie der Fachkräftemangel behoben werden kann. Eine koordinierte Zusam-

menarbeit zwischen Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Politik ist unabdingbar. Wenn zudem gezielt in die Aus- und Weiterbildung investiert wird und auch Umschulungsprogramme stärker gefördert werden, können einige Lücken geschlossen werden. Nur wenn die Qualifikationen und Fähigkeiten der Arbeitskräfte besser an den Bedarf des Marktes angepasst werden, wird sich die Lage entspannen. Es gilt jedoch auch an die Branchenverbände zu appellieren, damit diese die Attraktivität der jeweiligen Berufe erhöhen. Dies kann durch verbesserte Arbeitsbedingungen, wettbewerbsfähige Gehälter, flexible Arbeitszeitmodelle und Entwicklungsmöglichkeiten erreicht werden. Angesichts der stark fortschreitenden Digitalisierung ist es zudem wichtig, die digitalen Fähigkeiten der Unternehmen und der Mitarbeitenden zu stärken.

Gezielte Einwanderungspolitik

Die Flexibilisierung des Pensionsalters oder auch die Rückkehr zu einem Vollzeit-Arbeitsmodell werden hierzu

immer wieder diskutiert. Eine gezielte Einwanderungspolitik kann helfen, qualifizierte Arbeitskräfte aus anderen Ländern anzuziehen und den Fachkräftemangel zu verringern.

Fazit: Es reicht nicht aus, dass die Politik, die Bildungssysteme und die Unternehmen nur auf den Fachkräftemangel und die Suche nach neuen Talenten fokussieren. Jede Unternehmung muss ihre Hausaufgaben erkennen und angehen, um die Anforderungen und Bedürfnisse aller Generationen in der heutigen Arbeitswelt befriedigen zu können.

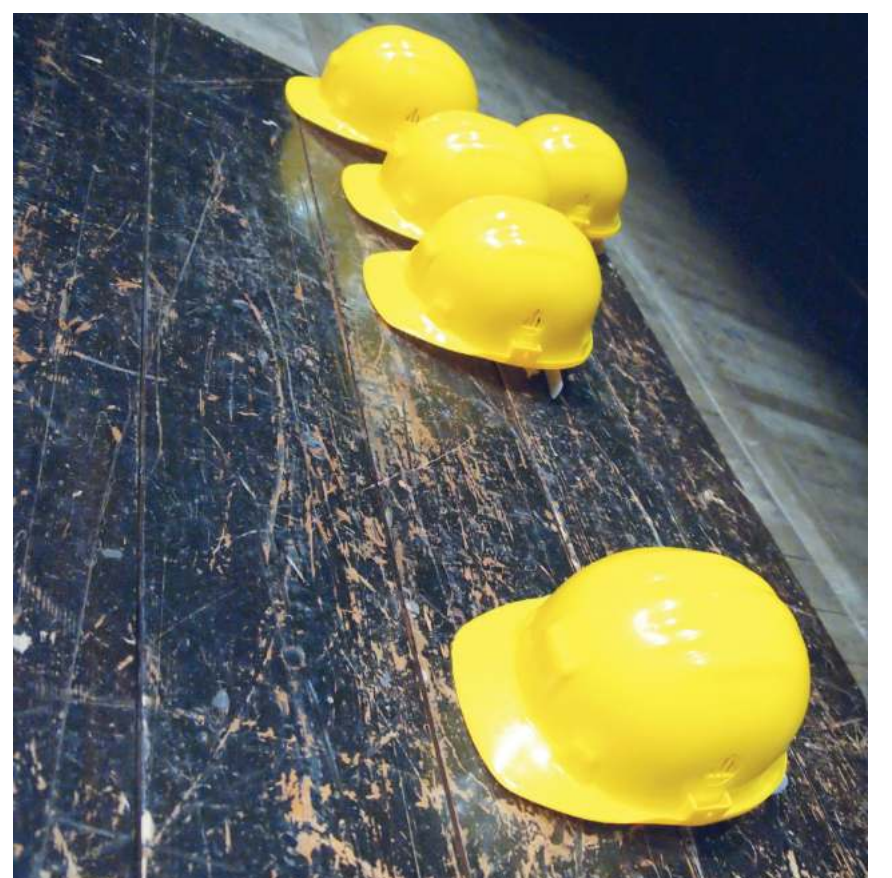
Das will die SVP:

- ▶ **JA** zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.
- ▶ **JA** zu einer Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreitet.



QR-Code scannen und unterschreiben!

Nachhaltigkeits-Initiative



Fachkräfte sind händeringend gesucht

Quelle: unplash

JUNGE LISTE 6



Gieri Flurin Darms
19, Illanz, Gymnasiast



Mila Luzi
19, Scheid, Schreinerin



Sky Gansner
19, Felsberg, Gymnasiast



Céline Cavelti
22, Chur, Studentin
Rechtswissenschaften



Lars Bossi
19, Trimmis,
Handelsmittelschüler

GIPFELSTÜRMER LISTE 10



Stefan Metzger
55, Zuoz, Rechtsanwalt,
Präsident SVP Oberengadin
Grossrat



Gian Marco Tomaschett
37, St. Moritz, zwei Kinder,
Eidg. dipl. Elektroinstallateur



Samuel Schäfli
54, St. Moritz, CEO Koller
Elektro AG



Christian Florin
51, Zuoz, Bauführer Tiefbau



Mario Salis
74, St. Moritz, Polizeihaupt-
mann a. D., Grossrat

SENIOREN LISTE 25



Rénatus Casutt
72, Falera, Unternehmer,
Grossrat



Pietro Della Cà
75, Brusio, Pensionär,
Grossrat



Silvio Schmid
64, Sedrun, Touristiker



Ruedi Weber
64, Serneus, Unternehmer,
Grossrat



Olaf Kuhnke
65, Castaneda, Arzt

Richtig wählen!



Stimmcouvert öffnen



Nur eine SVP-Liste auswählen
(Liste 1 oder 5 oder 6 oder
10 oder 25)



Eine einzige SVP-Liste ins
kleine Kuvert legen



Stimmrechtsausweis
eigenhändig unterschreiben



Kleines Couvert und Stimmrechts-
ausweis ins grosse Couvert legen



► Post/Gemeinde
Couvert retournieren



Erklärvideo

QR-Code scannen und informieren!

Wichtig!

- Legen Sie nur eine Nationalratsliste ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis, sonst ist Ihre Stimme ungültig!